



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/40 - 16.2.1955

Kinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Dr. Gerstenmaier und die evangelische Kirche	S. 1
Zum Parteitag der holländischen Partei der Arbeit	S. 3
Die Spannungen im BHE	S. 5
Pariser Verträge ohne Frankreich?	S. 7

Ein falscher Ton des Bundestags-Präsidenten

Von Dr. Adolf Arndt, M.d.B.

Die Art, wie der gegenwärtige Präsident des Bundestages gewählt wurde, konnte es D.Dr. Eugen Gerstenmaier erschweren, sein hohes Amt zu führen. Alle Fraktionen aber waren sofort entschlossen, dieser Gefahr zu begegnen. Der Präsident ist der Präsident. Deshalb wurde und wird es als ein selbstverständliches Gebot geachtet, den Vorgang der Wahl künftig von jeder Erörterung auszuschließen. Diesen Willen haben die Fraktionen einmütig dokumentiert, als sie es ablehnten, sich mit den törichten und ungehörigen Äußerungen Würmelings auseinanderzusetzen. Dem Abgeordneten Dr. Krohne gelang es seinerzeit, durch ein offenes und versöhnliches Wort den Frieden im Bundestag wiederherzustellen. Der Abgeordnete Dr. Krohne hat damit auch dem Präsidenten einen guten Dienst erwiesen.

Einen schlechten Dienst dagegen erwies die Bundesregierung dem Bundestagspräsidenten, als sie ihn in Nr. 29 ihres "Bulletin" vom 11. Februar unter der Überschrift "Evangelische Kirche und "Ohne-nich"-Bewegung als Propagandisten ihrer Politik in Anspruch nahm. Sie druckte einen Aufsatz nach, den Dr. Gerstenmaier bereits am 20. Januar in einer ihm nahestehenden Zeitschrift veröffentlichte, die viel mit Welt und wenig mit Christ zu tun hat. Darüber hätte man hinwegsehen können. Jetzt ist diese Äußerung offiziell geworden.

Dass ein aus Steuermitteln bezahltes Mitteilungsblatt der Bundesregierung wie ihr "Bulletin" für Parteipropaganda mißbraucht wird, ist schon an sich ein Mißstand, der als Korruption gekennzeichnet werden sollte. Macht sich nun die Bundesregierung den Präsidenten des Bundestages hierbei dienstbar, so muß gefragt werden, ob es mit seinem Einverständnis geschah.

Wie kann derselbe Mann, der sich in seinen Auslassungen dagegen verwahrt, dass führende Persönlichkeiten ihren Äußerungen zur Frage der Wiederbewaffnung angeblich den Anschein der Kirchenartlichkeit gäben, es gleichwohl zulassen, dass seine eigene Polemik als eine Stellungnahme des Bundestags-Präsidenten von der Bundesregierung amtlich bekannt gegeben wird? Die Bundesregierung hat diese Meinungen - die der Abgeordnete Gerstenmaier hegen mag, aber der Präsident nicht aussprechen kann - mit erkennbarer Absicht so publiziert, als handle es sich um einen Schritt ihrer "Gegenaktion" und um eine Antwort auf die Kundgebung in der Paulskirche. Wer wie die Bundesregierung - sehr zu Unrecht - klagt, dass ein Appell an die öffentliche Meinung die Grundlagen der Demokratie gefährde, sollte sich nicht selbst dadurch gegen ein elementares Gebot der Demokratie vergehen, dass er den Präsidenten des Bundestages als Parteisprecher herausstellt.

Auch in der Sache selbst dürfte sich der Präsident des Bundestages in Ton vergriffen haben. Wenn er von den Bekenntnissen und Warnungen, die aus den Kreisen der evangelischen Christenheit kommen, und von der Volksbewegung, die weit über die in der parlamentarischen Opposition stehende Partei hinausgreift, nichts weiter zu sagen weiß als:

"Es formierte sich einfach die zweite Welle der alten 'Ohne-mich-Bewegung' ",

so stellt er sich damit nur selbst ein Armutszeugnis aus und macht sich einer Diffamierung schuldig. Immerhin ist es bemerkenswert, dass sogar die Bundesregierung sich scheute, alle Ausfälle nachzudrucken, die man in der ungekürzten Veröffentlichung des Artikels in "Christ und Welt" findet.

Gerstenmaier nimmt für sich in Anspruch und fordert von sich

und seinen Parteifreunden,

"dass wir auch als Glieder unserer Kirche unsere Stimme ...
erheben,"

zugleich aber meint er von den Andersdenkenden,

"dass solche Gruppen und Grüppchen nicht die Kirche sind...
dass sie ohne kirchliche Legitimation sprechen,"

Es genügt die Feststellung, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Insoweit nur noch eins: Man sollte sich nicht auf Bischof D.Halfmann von Schleswig-Holstein berufen. Das könnte die Erinnerung daran wecken, dass die Bundesregierung schon einmal eine Äußerung zur Wiederbewaffnung als ein Wort der evangelischen Kirche in ihrem "Bulletin" nachdruckte, - unterzeichnet von D.Halfmann als Bischof!

Während Dr. Gerstenmaier in "Christ und Welt" seine Auslassungen polemisch mit der Frage überschrieben hatte "Die Kirche - Hort des 'Ohne-mich'?", gab die Bundesregierung ihnen den lapidaren Titel: "Evangelische Kirche und 'Ohne-mich'-Bewegung". Trotzdem steht es Gott sei Dank nicht in der Macht der Bundesregierung, zu bestimmen, wer die evangelische Kirche ist.

Der Bundestagspräsident soll der zweite Mann im Staate sein und über den Parteien stehen. Er bedarf dazu des Vertrauens aller Parteien. Die Veröffentlichung im "Bulletin" der Bundesregierung hat diesem Vertrauen einen bedenklichen Stoß versetzt.

* * *

In jahrzehntelanger Freundschaft verbunden

Vom 22. - 24. Februar findet der Parteitag der holländischen Partei der Arbeit in Leiden statt. Die Delegierten der SPD werden Franz Bögler und Willi Eichler sein. In einem Brief an die Partei der Arbeit würdigte der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, die Persönlichkeit und Bedeutung von Koos Vorrink, der infolge Krankheit nicht mehr als Vorsitzender der Partei kandidieren wird.

Koos Vorrink wird sich mit Rücksicht auf seine Erkrankung auf dem diesjährigen Parteitag nicht wieder als Vorsitzender der Partei zur Wahl stellen.

Das ist für ihn, für die holländische Partei und für die internationale Sozialistische Arbeiterbewegung ein bedeutsames Ereignis; es ist ein schmerzliches Ereignis, das nur dadurch gemildert wird, dass Kooß Vorrink trotz seiner schweren Erkrankung am Leben und Wirken der holländischen und der internationalen Sozialistischen Arbeiterbewegung weiterhin den stärksten inneren Anteil nehmen wird.

Dennoch ist ein solcher Wechsel ein entscheidender Abschnitt im Leben eines Menschen; und wir alle, die wir mit Kooß Vorrink in mehr als dreißig Jahren auch in persönlicher Freundschaft verbunden sind, überblicken unwillkürlich die Strecke des Weges, die wir bisher gemeinsam zurückgelegt haben.

Es war eine glückliche, eine fruchtbare und eine furchtbare Zeit zugleich. Glücklich, als wir uns fanden in den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg in dem gemeinsamen Bemühen um den Aufbau der neuen Jugend-Internationale und in der Entwicklung neuer Formen und Inhalte der Sozialistischen Jugendbewegung. Uns verband nicht nur die gemeinsame sozialistische Gesinnung, uns verband vor allem das Streben nach einer neuen menschlichen Gemeinschaft und eine Freundschaft, die später auch das Grauen der Nazidiktatur nicht zerstören konnte.

Es war eine fruchtbare Zeit. Denn, wenn die Sozialistische Jugend-Internationale sich zwischen den beiden Weltkriegen zu einer wirklichen Gemeinschaft der damals führenden Menschen in der sozialistischen Jugendbewegung entwickelte, die heute noch fortbesteht, wenn der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit in Hunderttausender von jungen Menschen durch das unmittelbare Erlebnis verankert wurde, und wenn wir die großen Probleme des demokratischen Sozialismus unverzagt angriffen, dann war das eine bleibende positive Leistung. Sie war in hohem Masse das Werk der vitalen Kraft unseres Kooß Vorrink.

Diese Arbeit ist nicht ohne Erfolg geblieben. Das hat sich gezeigt, vor allem in den dunklen und schweren Jahren der Nazidiktatur und des zweiten Weltkrieges. Viele Tausende junger Sozialisten in Europa haben in diesen Jahren ihre Kraft zum Widerstand und ihren

16.2.1955

unerschütterlichen Glauben an die Sache des freiheitlichen Sozialismus aus den starken Erlebnissen in der sozialistischen Jugendbewegung geschöpft.

Während des Krieges mit all seinem Terror in den besetzten Ländern waren die Fäden zwischen uns zerrissen; aber wir wußten voneinander, dass jeder in seiner Art und an seinem Platz seinen Mann stehen würde. Koos Vorrink ist den Weg des Kampfes und des Leidens bis zum bitteren Ende gegangen. Er blieb sich selbst treu.

Nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches ging er als einer der ersten ausländischen Sozialisten nach Berlin, um sich zu dem Freiheitskampf dieser Stadt und zu dem anderen besseren Deutschland zu bekennen.

In seinem Lande wurde er Vorsitzender der Partei der Arbeit, jener neuen Schöpfung, die dem demokratischen und freiheitlichen Sozialismus den Weg frei machen sollte in die breitesten Schichten seines Volkes. Er stand an diesem Platz und in der Internationale mit der gleichen Leidenschaft und mit dem gleichen vollen Einsatz seiner Persönlichkeit, die ihn immer ausgezeichnet haben.

Das Werk ist nicht vollendet; aber der Fortschritt auf dem Weg zum Ziel ist unverkennbar, und das ist das Wesentliche.

Als Freund von Koos möchte ich meine Worte des Dankes für die gemeinsame Arbeit in der Vergangenheit den Dankesworten hinzufügen, die auf dem Parteikongress gesprochen werden. Die Freundschaft und das Bewußtsein unserer inneren Verbundenheit bestehen weiter bis an das Ende unserer Tage.

* * *

BHE zwischen Hannover und Bonn

-dt, Hannover

Mit Zwiespält im gesamtdeutschen Herzen werden zum Wochenende 34 BHE-Delegierte aus Niedersachsen zum Sonderparteitag nach Bonn fahren, an der Spitze Landesverbandsvorsitzender von Kessel, der mit 4/5 aller Stimmen in dieser Funktion bestätigt worden ist.

- 6 -

Das ist der Eindruck vom Landesparteitag, der vor wenigen Tagen in Hannover abgehalten wurde. Zwiespältig deshalb, weil die meisten der Delegierten, wenn es die Umstände erlaubten, mit der Faust auf den Vorstandstisch in Bonn hauen würden; Bundesvorsitzender Oberländer hat eine kleine Kostprobe davon in Hannover bekommen. Wie die Dinge aber für diese "Niedersachsen" aus Schlesien und Ostpreußen liegen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen und in Bonn den ehrlichen Makler zwischen den Flügeln Kather und Oberländer zu spielen.

Man kann dieses Dilemma am besten an der Person des Landesvorsitzenden demonstrieren. Kessel hatte am 20. September 1954 eine geradezu revolutionäre Rede gehalten, die nach seinen Worten damals von Oberländer gebilligt worden war. Es gab zu dieser Zeit noch keine Pariser Verträge, es war die Zeit, da die EVG gescheitert war und Neues sich anbahnte. Die Forderung "zuerst verhandeln" war damals also noch nicht akut. Trotzdem forderte Kessel strikt: 1. Überprüfung der Außenpolitik, so dass ihr auch die Opposition zustimmen kann. 2. Wiedervereinigung an erster Stelle. 3. Keine Opferung der Saar. 4. Eine Revisionsklausel in den Wehrverträgen, die die Entschlußfreiheit Gesamtdeutschlands garantiert.

Punkt eins ist ganz unter den Tisch gefallen; als einen Tag vor dem BHE-Landesparteitag der Bundeskanzler in Hannover sprach, saß Kessel "als Vorsitzender des Landesverbandes" unter den Ehrengästen der Veranstaltung. Punkt zwei ist durch die jetzt in Hannover ausgesprochene Bereitschaft "erst ratifizieren" erledigt. Bei Punkt drei wird jeder Aktivität mit dem Satz abgeschworen: "Das deutsche Volk wird diesen Besen fressen müssen, weil im Bundestag dafür (für das Saarstatut) eine Mehrheit vorhanden sein wird." Bei Punkt vier ist an die Stelle der geforderten Revisionsklausel die vage Hoffnung getreten: "Da die Verträge ein wiedervereinigtes Deutschland nicht binden können ..."

Man merkte es Kessel an, dass ihm diese "diplomatischen Formulierungen nicht liegen; viel lieber hätte er auf dem Parteitag nochmals seine Rede vom September zuzüglich der Erfahrungen aus

der Tasche gezogen, die er bei einer Harun-al-Raschid-Fahrt durch das Saargebiet gesammelt hat. Aber dann käme es zum Krach im Gesamt-BHE und mit einer gespaltenen Partei ist schlecht Wahlkampf führen. Andererseits kann Kessel bei der Rettung des Parteifriedens nicht mit fliegenden Fahnen in das Lager Oberländer wechseln, weil er mit der Parole des Bundesvorsitzenden: "Trotz aller Bedenken für das Saarstatut" nicht die Wähler ansprechen kann, auf die es ihm in erster Linie ankommt, auf die ehemaligen Anhänger der SRP.

Somit werden die niedersächsischen BHE-Delegierten in der Mehrzahl auf dem Sonderparteitag einen Kompromiss verfechten müssen, den man sich in Hannover für die parlamentarische Behandlung des Saarstatuts ausgedacht hat: abwarten, wieviel Stimmen die CDU aufbringen wird, dann vom BHE so wenig Stimmen wie möglich, aber soviel wie nötig freigeben, dass das Saarstatut mit knapper Mehrheit angenommen wird und die Pariser Verträge so gesichert sind. Auf gut Deutsch: "Hannemann, geh Du voran." Für den Wahlkampf hat man dann die Formulierung: wir niedersächsischer BHE haben es nicht gewollt - - - ob das für einen Erfolg ausreicht, erscheint freilich recht fraglich.

+ + +
Brüche in der Ratifizierungsfront

sp. Was eigentlich die deutsche Bundesregierung als eine der Hauptbetroffenen hätte tun müssen, hat nun die britische Labour-Fraktion getan. Der Oppositionsführer Clement Attlee hat die britische Regierung ersucht, auf diplomatischem Wege klarzustellen, welche Vorschläge die Sowjetunion für die Durchführung der freien gesamtdeutschen Wahlen und für die Wiedervereinigung Deutschlands zu machen habe. Dieser Schritt der Labour-Fraktion nimmt ausdrücklich Bezug auf die sowjetische Deutschlanderklärung vom 15. Januar, wenn er auch nicht so weit geht, wie es eine starke und wachsende Minderheit innerhalb der Fraktion verlangte, vor der Ratifizierung der Pariser Verträge einen neuen Versuch für eine Konferenz der vier Besatzungsmächte zu unternehmen. Eine schwache Mehrheit verschloss sich diesem Begehren, aber sie kam der Minderheit insofern entgegen, als sie neben der unmittelbaren Sondierung in Moskau während des Ratifizierungsprozesses auch gleichzeitige diplomatische

Vorbereitungen für eine Viererkonferenz verlangt.

Wird Churchill in der Lage sein, sich diesem Begehren zu verschließen? Er könnte es unter Hinweis auf den Bundeskanzler tun, der zwar in seinen Reden der deutschen Öffentlichkeit ständig versichert, auch er strebe nach einer Deutschlandkonferenz der Besatzungsmächte, freilich erst nach der Verabschiedung der Pariser Verträge und nur unter militärischen Aspekten, aber bisher in keiner Hinsicht auf die drei Westmächte eingewirkt hat, in dieser Richtung initiativ zu werden. Dr. Adenauer kann sich dabei auf die USA berufen, die nicht einmal nach der Ratifizierung an ein Deutschlandgespräch mit der Sowjetunion denken.

In keiner der vielen Erklärungen des Bundeskanzlers findet sich nur der geringste Hinweis einer amerikanischen Unterstützung für eine Viererkonferenz: Ist es darum, weil die USA selbst überzeugt sind, dass am Tage nach der Ratifizierung die Chancen für ein solches Gespräch mit der Sowjetunion in der Deutschlandfrage auf den Nullpunkt gesunken sind?

In Frankreich hängt das Schicksal der Verträge nach dem Sturz von Mendés-France mehr als je in der Schwebe, es zeichnet sich nicht einmal der Termin einer endgültigen Ratifizierung ab. Was macht nun in diesem Fall die Bundesregierung? Sie lässt durch publizistische Äusserungen wie in der "Kölnischen Rundschau" und zuletzt von Bundessonderminister Strauss verkünden, im Notfall gehe es auch ohne Frankreich. Eine westeuropäische Union ohne unseren westlichen Nachbarn? Diese drohende, Frankreich unter Druck setzende Bonner Tonart hat man schon einmal verkostet und sie gab der seinerzeitigen EWG den Todesstoss. Wo bleibt dann die "europäische Einheit", auf die sich der Bundeskanzler stets als Vorbedingung für ein erfolgreiches Gespräch mit der Sowjetunion beruft? Steuert die Bundesregierung auf ein deutsch-amerikanisches Bündnis hin, das, wie die Dinge liegen, sowohl von Frankreich als auch von der Sowjetunion als gegen sich gerichtet betrachtet wird und das unsere Nachbarn von West und Ost zwangsläufig in ein Gegenbündnis hineintreiben muss? Der Weg der Bundesregierung, der mit der Flucht nach Europa begann, droht nun statt zur Wiedervereinigung in die politische Isolierung in Europa zu führen.

+ + +